

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Uli Henkel

Abg. Alexander König

Abg. Tim Pargent

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Franz Josef Pschierer

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Jochen Kohler

Abg. Raimund Swoboda

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion
"Inflation-Sanktion-Rezession - Unser aller Wohlstand ist gefährdet"

Sie kennen das Procedere. Jede Rednerin oder jeder Redner hat grundsätzlich fünf bzw. zehn Minuten Redezeit. Die fraktionslosen Kollegen können je zwei Minuten reden. Der erste Redner ist Herr Kollege Uli Henkel. Herr Henkel, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Knapp 100 Jahre nach der traumatischen Hyperinflation von 1923 ist die Inflation erneut die größte Sorge unserer Bürger. Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen ahnen, dass sie sich bald noch mehr einschränken müssen. Sollten wir gar in eine Rezession stürzen, kommt unser Mittelstand wohl ganz schnell noch hinzu. Diese Kostenexplosion hat Folgen für uns alle. Vieles wäre vermeidbar gewesen, hätte man durch eine vorausschauendere Politik vorgebeugt, so wie sie die AfD oft aufgezeigt hat.

Mit circa 8 % hat die Inflation mittlerweile ein 70-Jahre-Hoch erreicht. Hauptursache hierfür ist die Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln. Bereits jetzt warnt jedoch die Vonovia davor, dass auch die Mieten an die dauerhaft hohe Inflation angepasst werden müssen. Wir befinden uns also inmitten eines finanzpolitischen Sturms mit der Aussicht auf einen wirtschaftlichen und sozialen Hurrikan. Ich zitiere Arbeitgeberpräsident Dulger:

Wir stehen vor der größten Krise, die das Land je hatte. [...] Wir müssen uns ehrlich machen und sagen: Wir werden den Wohlstand, den wir jahrelang hatten, erstmal verlieren.

Wie sind wir nur in diese Situation hineingeraten? – Beginnen wir mit der Einordnung des Mythos, allein Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine wäre schuld an unserer Mi-

sere. Ja, dieser Krieg hat dazu beigetragen, die Preise zum Beispiel für Agrarprodukte in die Höhe zu treiben. Dies bedeutet für große Teile des Nahen Ostens, vor allem aber auch Afrikas nichts weniger als eine Menschenleben gefährdende Katastrophe mit zu erwartenden Fluchtfolgen wohl auch für uns in Deutschland. Die Inflation im Kontext des Ukrainekrieges ist jedoch hausgemacht. Es sind die von Ihnen allen mitgetragenen Sanktionen, die zur aktuellen Kostenexplosion führen. Das ist übrigens ein Schuss ins Knie. Während die Sanktionen hierzulande massiven Schaden anrichten, verkauft Russland sein Öl nun woanders hin und erhält für deutlich weniger geliefertes Gas den gleichen Erlös wie vorher für die doppelte Menge. Sanktionen, die den sie verhängenden Staat mehr schädigen als den zu disziplinierenden Delinquenten, sind nationalstaatlich gesehen aber purer Masochismus.

(Beifall bei der AfD)

Der Ukrainekrieg war also nur der Zündfunke, der den Inflationsflächenbrand schließlich entfachte. Preissteigerungen bei Energieprodukten werden durch zahlreiche Faktoren beeinflusst, darunter auch die zu Jahresbeginn erneut gestiegene CO₂-Abgabe. Damit wären wir schon beim Hauptverursacher der Greenflation. Eine klassische Inflation ist sie nicht, ist sie doch bewusst herbeigeführt. Wir sollen im Namen der Klimaretung ganz offensichtlich jeden Preis bezahlen. Bewusst verteuern Sie seit Jahren unsere Energie durch die Erhöhung von Steuern und CO₂-Abgaben. Gleichzeitig steigert man auch noch die Kosten der Energieerzeugung durch den Wechsel von günstigeren, bereits bestehenden Kern- und Kohlekraftwerken hin zum kostenintensiven Ausbau von Wind- und Solaranlagen, deren Unzuverlässigkeit und mangelnde Grundlastfähigkeit aber für ein Industrieland wie Deutschland inakzeptabel sind.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Attacken der Anhänger der Klima-Religion auf unseren Wohlstand beschränken sich jedoch nicht nur auf den Energiesektor, welcher in alle nachgelagerten Wirtschaftsbereiche ausstrahlt. Ich denke beispielsweise an das Verbot preiswerter Ver-

brennerautos zugunsten von überteuerten Elektrofahrzeugen ab dem Jahr 2035. Das alles sind Lasten, die Ihre Parteien selbstgefällig dem Bürger im Namen der Weltenrettung zumuten.

Dazu kommt noch die verhängnisvolle Geldpolitik der EZB. Die Schweiz dient an dieser Stelle als Gegenentwurf. Hier beträgt die Inflation aufgrund der Sanktionen 8 %, dort ohne Sanktionen lediglich 2,7 %. Das liegt vor allem an der maßvollen Geldpolitik der Schweizer Notenbank im Vergleich zur EZB. Deutschland selbst hat jedoch keinen Einfluss mehr. Wir haben dank Ihrer EU-besoffenen Politik der letzten 30 Jahre unsere geldpolitische Souveränität komplett an die EZB abgegeben.

(Beifall bei der AfD)

Diese finanziert entgegen aller einstigen Versprechen die mediterranen Staaten über Anleihenkäufe und verwandelt so den Euro in eine Weichwährung, was einem erzwungenen Inflationsimport für Deutschland gleichkommt. Signifikante Zinserhöhungen, ein klassisches Mittel der Inflationsbekämpfung, sind indes tabu. Diese würden Frankreich, Italien und Co. in die Zahlungsunfähigkeit treiben. Aus europäischer Solidarität blutet anstelle der reformunwilligen Schuldnerländer dann eben wieder einmal Deutschland.

Auch Ihre Corona-Politik hat massiv zur jetzigen Inflation beigetragen. Abgesehen von der gewaltigen Geldmengenausweitung, die nötig wurde, um strauchelnde Unternehmen und Privatpersonen im Lockdown über Wasser zu halten, warnten viele Ökonomen vor dem, was passieren würde, wenn all das Geld, welches zwei Jahre lang nicht ausgegeben werden konnte, mit einem Schlag auf einen Markt trifft, der sich bereits mit erheblichen Lieferengpässen konfrontiert sieht.

Doch Sie wollten es nicht hören. Und nun haben wir sie, die Katastrophe mit Ansage. Wenn es Putin nicht gäbe, müsste man ihn glatt erfinden; denn einen besseren Sündenbock für Ihr jahrelanges kollektives Versagen hätten Sie sich gar nicht wünschen können.

(Beifall bei der AfD)

Nun ist es aber nicht so, als ob wir Sie nicht immer wieder gewarnt und mit unseren Anträgen und Wortmeldungen Wege zur Vermeidung dieser Krise, die sich ja angekündigt hat, skizziert hätten. Bereits im November 2019 meldeten wir Bedenken hinsichtlich unserer Energieversorgung an und verwiesen in Drucksache 18/4842 darauf, dass die für das Jahr 2025 erwartete massive Importabhängigkeit von Strom für eine Industrienation wie Deutschland viel zu risikoreich sei.

Schon vor Putins Angriff auf die Ukraine stellten wir in Drucksache 18/20647 ein Maßnahmenpaket vor, um die Preise für Energie und Rohstoffe auf ein erträgliches Maß zu drücken. Konkret sprachen wir uns für die Streichung der CO₂-Abgabe und die Abschaffung der EEG-Umlage aus. Zumindest was Letzteres anbelangt, sind Sie uns ja tatsächlich sogar einmal gefolgt.

(Lachen bei der SPD)

Zu guter Letzt waren wir es, die in der Corona-Krise wiederholt gegen die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens eintraten. Wären Sie uns etwa – siehe Drucksache 18/13935 – bei der Öffnung des Einzelhandels, der Hotels und der Gastronomie gefolgt, dann hätte man keine Hilfen an die betroffenen Unternehmer auszahlen müssen, und der Geldfluss wäre nicht in das laufende Jahr 2022 umgelenkt worden.

Der Schaden ist angerichtet. Nun muss es also darum gehen, ihn zu begrenzen. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn haben wir Ihnen im Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/21709 ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgestellt. Dieses enthielt unter anderem die Laufzeitverlängerung der verbliebenen Kernkraftwerke, die Einführung eines Moratoriums für den Ausstieg aus der Kohlekraft sowie Steuererleichterungen für die Bürger.

Sie aber haben all diese Anträge aus machtpolitischem Kalkül zum Schaden der Bürger dieses Landes abgeschmettert. Insoweit liegt es nun an den Wählern, hieraus auch Konsequenzen zu ziehen und Ihnen bei der kommenden Landtagswahl 2023 die Quittung für Ihr dogmatisches Verhalten auszustellen.

(Beifall bei der AfD)

Die Bekämpfung der Inflation verlangt in jedem Falle einen konsequenten Schuldenabbau. Das bedeutet für Sie, Kollegen auf der linken Seite, dass auch bei vielen Ihrer gänzlich überflüssigen Lieblingsprojekte der Stecker zu ziehen ist. Was glauben Sie kümmern die Bürger Ihre 180 Geschlechter, Ihr Gender-Gestammele, die Alimentierung von Millionen Wirtschaftsflüchtlingen – davon 70.000 ausreisepflichtig – oder eben auch der Green Deal, wenn ganz aktuell doch deren eigene Existenz auf dem Spiel steht!

So gesehen liegt in der Krise auch die Chance, endlich zu wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Vernunft zurückzukehren. Handeln wir also schnell! Öffnen wir sofort North Stream 2! Stabilisieren wir die Einkommen privater Haushalte durch gezielte steuerliche Entlastungen! Helfen wir den Bürgern auf dem Arbeitsmarkt durch den Abbau von Bürokratie und die Förderung von Aus- und Weiterbildung! Und: Lassen Sie uns endlich wieder attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wirtschaftsstandort Deutschland schaffen!

Allein – Sie werden vermutlich nichts dergleichen tun. Denn in Bezug auf die Ukraine ist Ihnen keine Geste, auch finanzieller Art, groß genug. Bei den eigenen Menschen sieht es leider ganz anders aus. Maßnahmen wie die einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro sind doch ein Witz, wenn man die Bürger gleichzeitig dazu auffordert, für die kommende Heizkostennachzahlung schon einmal 1.500 Euro zurückzulegen.

Fazit: Die Bürger tun also recht daran, sich Sorgen um die Inflation und deren Folgen zu machen. Worüber sie sich jedoch die meisten Sorgen machen sollten, das ist das periodisch wiederkehrende Versagen der von ihnen mehrheitlich gewählten Parteien.

Es heißt ja, aufgrund seiner Geschichte fürchte Deutschland sich mehr vor der Inflation als vor der Rezession; im Rest der Welt sei es genau umgekehrt. Dank Ihrer Politik, geschätzte Kollegen, werden wir nun wohl leider beides bekommen. Die AfD-Fraktion hat regelmäßig Alternativen zu Ihrem permanenten Selbstzerstörungskurs aufgezeigt. Nun ist es an Ihnen, endlich die Weichen richtig zu stellen. Denn wenn die Menschen Essen und Heizen nicht mehr bezahlen können, dann werden sie wohl schon bald auf der Straße mit den Füßen abstimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Henkel und darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Alexander König von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Henkel, der soeben gesprochen hat, wird sich sicherlich noch an Klementine erinnern, die uns jahrelang fast täglich im Fernsehen erklärte, dass Ariel weißwasche. Das war soeben wirklich eine Klementine-Rede; denn Sie haben sich heute hier als die Klementine eines Aggressors, nämlich Putins, dargestellt.

Sie haben dem Aggressor Putin bescheinigt, dass nicht er an der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und auf der Welt schuld sei, dass nicht er an der Inflation schuld sei, sondern dass die bösen deutschen Regierungen, die bisher an der Macht waren, diese Inflation hervorgerufen hätten. Was Sie hier machen, ist reine Putin-Propaganda.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist auch Wahlkampf; aber es ist in jedem Fall Geschichtsklitterung. Herr Henkel, das hat System bei Ihnen und Ihrer Partei. Sie sollten sich persönlich dafür schämen, weil Sie intellektuell das nachvollziehen können, was Sie hier betreiben – Geschichtsklitterung für den Aggressor Putin. Sie haben ausgeführt, Putin sei nicht schuld an der

Misere, die Inflation sei hausgemacht, Putin habe nur den Zündfunken geliefert, die Inflation sei bewusst von der deutschen Regierung herbeigeführt worden. Sie haben uns weisgemacht, Putin werde hier nur noch als Sündenbock dargestellt. Ich sage Ihnen, Herr Henkel: Schämen Sie sich für diese Ausführungen! Die können Sie zwar wieder im Netz verbreiten; das kann man hier leider nicht vermeiden. Aber Sie sind die Klementine von Putin!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Realität ist eine andere, Kolleginnen und Kollegen. Unser Wohlstand ist tatsächlich gefährdet; das war das einzige Richtige an dem, was Sie hier ausgeführt haben. Die Gefährdung dieses Wohlstands geht aber ganz maßgeblich von einem Aggressor in Russland aus, der einen grausamen Angriffskrieg gegen ein unabhängiges Land herbeigeführt hat. Dessen Schockwellen erschüttern die Weltwirtschaft – damit auch unser Land und Europa insgesamt. Das ist so. Denn die Energieversorgung ist nicht mehr gewährleistet. Auch die Getreideversorgung auf der Welt ist aufgrund dieses unverantwortlichen Angriffskrieges nicht mehr gewährleistet.

Wie sich die Wirtschaft bei uns konkret weiterentwickeln wird, wissen wir leider nicht. Aber die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass wir auf eine Energiekrise – im wahrsten Sinne des Wortes –, namentlich auf einen Gasnotstand in diesem Land zusteuern. Dafür ist einer verantwortlich – Ihr Auftraggeber, Ihr Freund Putin in Russland, Herr Henkel. So schaut es aus!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Na, na, na!)

Wahr ist, dass es Sanktionen seitens der EU gegenüber Russland gibt. Wahr ist auch, dass Russland mit Sanktionen gegenüber der EU reagiert hat. Wahr ist, dass die EU-Sanktionen bisher ihr Ziel, den Krieg zu beenden, leider nicht erreicht haben. Wahr ist auch, dass die Maßnahmen Russlands dazu geführt haben, dass der Stahlimport von dort zu uns erheblich zurückgegangen ist, vor allem aber, dass die Lebensmittelpreise

erheblich gestiegen sind. Der Weizenpreis hat sich um 35 % erhöht, der Preis für Mais um 15 bis 25 %, der für Sonnenblumenkerne um ein Drittel – und so weiter und so fort.

(Zuruf von der AfD: Merken Sie nicht, wohin die Sanktionen führen?)

Das Ergebnis dieses Angriffskriegs ist ein Schaden für alle in Europa und darüber hinaus. Wie sich das wirtschaftliche Wachstum – oder: Nichtwachstum – in Deutschland entwickeln wird, kann man noch nicht abschließend sagen. Die Prognosen gehen weit auseinander. Die EU-Kommission glaubt immer noch an ein Wachstum von 1,4 %. Das Ifo-Institut sagt dagegen mittlerweile ein Minuswachstum von 2,7 % voraus. Ich fürchte sehr, dass das Ifo-Institut – leider – näher an der Wahrheit ist.

Kolleginnen und Kollegen, wegen der drohenden Energiekrise und der damit einhergehenden drohenden Rezession ist umso mehr kluges wirtschaftliches und politisches Handeln gefragt. Was wir auf der Bundesebene, wo die Entscheidungen zu treffen sind, erleben, ist dagegen ein Klein-Klein, ein planloses Hü und Hott. Die einen, vor allem Vertreter der GRÜNEN und der SPD, fordern eine Übergewinnsteuer.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Herr Pargent, Sie kommen noch dran.

Die einen wollen also in dieser Situation die Steuern erhöhen. Andere fordern einen Ausbau der "Reichensteuer". Das sind die Ideen, die es auf Regierungsebene dazu gibt.

Die vergleichsweise einfachen Dinge, die man tun könnte und schon längst getan haben müsste, zum Beispiel die in Deutschland noch laufenden Kernkraftwerke zumindest für eine Übergangszeit weiterlaufen zu lassen, um einem drohenden Stromnotstand in diesem Land zu begegnen, werden nicht getan. Dazu ist die grün-rot-gelbe Regierung in Berlin leider nicht in der Lage.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Darüber hinaus brauchen wir – und davon sind wir als CSU überzeugt und sagen es seit Wochen und Monaten – Entlastungen für die Bürger; nicht in Form von Einzelgeschenken, die einzeln aufwendig mit einem irren bürokratischen Aufwand verteilt werden müssen, sondern Entlastungen der Bürger, die einfach umgesetzt werden können, die allen helfen und die auch machbar sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen für den ländlichen Raum eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Wir brauchen endlich einen Ausgleich der fortschreitenden kalten Progression bei der Einkommensteuerbelastung. Wir brauchen eine Reduzierung der Mehrwertsteuersätze, namentlich auf Energie, aber auch – und da werden Sie uns bald alle zustimmen, wenn sich die Dinge so schlecht entwickeln, wie ich leider fürchte – eine maßgebliche Mehrwertsteuerentlastung bei den Grundnahrungsmitteln. Das könnte man tun. Dazu ist die Regierungskoalition in Berlin zurzeit leider nicht in der Lage.

(Widerspruch der Abgeordneten Margit Wild (SPD) – Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn die Lieferketten abreißen, weil die Energie nicht mehr geliefert werden kann, wenn von einem Tag auf den anderen Produktionen stillgelegt werden, wenn von einem Tag auf den anderen auch in unserem Land Dinge nicht mehr mit Kurzarbeit abzufedern sind, sondern es zu Entlassungen in großem Stil kommen wird, dann, Kolleginnen und Kollegen, ist es zu spät.

Jetzt wären also Maßnahmen erforderlich. Jetzt müssten wirtschaftspolitische und finanzpolitische Maßnahmen getroffen werden. Jetzt müssten auch die drohenden Belastungen der Wirtschaft abgebaut werden, indem man unseren Unternehmen zum Beispiel den Verlustrücktrag auf drei Jahre ermöglicht, indem man eine degressive Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter einführt, wie wir sie seit Langem fordern, und indem man die Unternehmenssteuern insgesamt überdenkt, bevor die eine oder

andere Firma oder vielleicht, wenn es ganz dumm geht, auch ganz viele den Bach runtergehen, Arbeitsplätze dieses Land verlassen, Produktionen dieses Land verlassen, die nie mehr wiederkommen.

Herr Henkel, in einem Punkt haben Sie recht: Die Geldpolitik der EZB hat mit dazu beigetragen, dass wir finanzpolitisch in einer schwierigen Situation sind. Umso schwerer ist es, diese Inflation jetzt zu dämpfen. Es wäre einzig und allein, auch nach den europäischen Verträgen, nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU, Artikel 127 AEUV, Aufgabe der EZB, dafür zu sorgen, dass die Preise in Europa stabil gehalten werden. Das steht in diesem Artikel explizit drin. Darauf hat sich die EZB-Geldpolitik der letzten Jahre leider nicht konzentriert. Man hat sich eher um die hochverschuldeten südlichen EU-Länder gekümmert.

Von daher haben wir eine schwierige Ausgangslage. Umso notwendiger wäre es, nicht darauf zu warten, dass das Worst-Case-Szenario von einem Tag auf den anderen eintritt, jetzt zu handeln, jetzt Entlastungen für die Bürger herbeizuführen, jetzt Entlastungen für die Unternehmen herbeizuführen, jetzt auch dafür zu sorgen – und das ist eine Aufgabe, die über die nationale Aufgabe hinausgeht –, dass zumindest versucht wird, auch mit Gesprächen und Verhandlungen, diesen Krieg zu beenden. Ich glaube, ich habe das hier schon mehr als einmal gesagt. Denn der Krieg – und damit schließt sich der Kreis – ist natürlich das Grundübel dieser Entwicklung, das wie ein Damoklesschwert über uns hängt. Deshalb plädiere ich ausdrücklich dafür, dass man auch miteinander redet und zumindest versucht, Wege zu finden, wie man einen Krieg beendet, unter dem alle Menschen, unter dem auch alle Nationen leiden. – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter König. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Tim Pargent von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der Aktuellen Stunde der AfD reiht gleich mal drei Angstwörter – Inflation, Sanktion und Rezession – etwas unpassend aneinander. Das passt gut zu Ihrem Politikansatz "Angst machen für Deutschland". Aber als Vertreter einer wissenschaftsbasierten Partei schaue ich gerne kurz mit Ihnen auf die drei Begriffe:

Die Inflation ist tatsächlich auf Rekordhoch, und das aus vorwiegend zwei Gründen: Einmal trifft die sich erholende Konjunktur auf gestörte Lieferketten und Rohstoffengpässe. Damit wären wir auch schon beim zweiten Grund: Die fossile Inflation, also die Teuerung von fossilen Energieträgern, verursacht wiederum Teuerungen der damit produzierten Güter und Dienstleistungen.

Da kommt ausgerechnet die AfD und schwadroniert über Inflation. Ihre Abschottungspolitik würde Lieferketten doch noch weiter beschädigen. Ihre fossile Agenda würde auch die fossile Inflation weiter anheizen. Dafür braucht man kein Wirtschaftsstudium. Ihre Forderung hier ist jedenfalls nichts wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Begriff, mit dem Sie um sich werfen, ist "Sanktion". Ja, kein Wunder, dass Sie mit den Russland-Sanktionen so Ihre Probleme haben. Jahrelang wurden Sie und Ihre Parteifreunde im Kreml hofiert. Heimlich bewundern Sie Wladimir Putin für seinen autoritären Führungsstil. Sie von der AfD hätten die Ukraine wahrscheinlich einfach kampflos an Putin, Ihren Bruder im Geiste, übergeben.

(Franz Bergmüller (AfD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Das liegt daran, dass Ihnen die demokratischen Bestrebungen in der Ukraine nicht in den Kram passen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich kann Ihnen sagen: Die Ukraine ist wehrhaft, und die Ukraine wird auch weiterhin die Unterstützung aus den Demokratien Europas erhalten, weil sie dort nämlich genau das demokratische Gesellschaftsmodell verteidigt, das Ihnen anscheinend genauso wenig passt wie dem Diktator im Kreml. Meine Damen und Herren, wir werden die Ukraine auch mit Sanktionen gegen Russland und Belarus weiter unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Mit Waffen!)

Der dritte Angstbegriff, den Sie dann in die Reihe bringen, ist die Rezession. Da drängt sich die Frage auf: Welche Rezession? – Denn von einer Rezession sprechen wir, wenn das BIP zwei Quartale unter dem Vorjahresniveau liegt. Das ist bisher nicht messbar, aber durchaus realistisch. Die Konjunkturaussichten in Deutschland sind nicht rosig. Aber eine bisher wirklich messbare Rezession liegt vielleicht bei Ihren Umfragewerten, bei den Umfragewerten der AfD, vor. Seit Monaten geht es bergab. Aus dem ersten Landtag sind Sie schon rausgeflogen. Damit kommen wir langsam zum eigentlichen Zweck Ihrer Aktuellen Stunde und der ganzen Angstbegriffe, die Sie hier aufsetzen: Es geht Ihnen hier gar nicht um die Menschen in unserem Land, sondern ausschließlich um sich selbst, um Ihre Umfragewerte, die der AfD. Sie schreiben hier Abstiegsängste noch weiter hinauf, um letztlich Ihre eigenen Umfragewerte zu verbessern. – Ich zitiere mal Ihren langjährigen Pressesprecher Christian Lüth, der Anfang 2020 vermeintlich vertraulich folgenden und ehrlichen Satz gesagt hat: "Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD." – Aha! Das ist Ihre Masche in einem Satz zusammengefasst. Sie machen Angst, Sie spalten, Sie hetzen auf, und das alles, um daraus politisch Kapital zu schlagen.

Ich kann nur feststellen: Diese Masche wird immer durchsichtiger, und auch die Menschen in unserem Land durchschauen sie immer besser. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind schlauer, als die AfD denkt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Aber wir haben eine Bundesregierung, die nicht spaltet, sondern handelt. Die ersten beiden Entlastungspakete sind bereits aktiv. Unter anderem erhalten alle einkommensteuerlich Erwerbstätigen mit der Energiepreispauschale 300 Euro brutto. Der Kinderbonus entlastet Familien um weitere 100 Euro pro Kind. Für Sozialhilfeempfänger*innen gibt es einen Zuschlag von 200 Euro. Die Spritpreisbremse soll an der Zapfsäule entlasten, und mit dem 9-Euro-Ticket sind die Menschen historisch günstig mit dem ÖPNV unterwegs.

Die Maßnahmen des Energieentlastungspaketes wirken. Das zeigt auch eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Ich zitiere:

Die beiden [...] Entlastungspakete kompensieren bei typischen Erwerbstätigen-Haushalten zu einem beträchtlichen Teil die Mehrausgaben durch höhere Energiekosten.

Und insbesondere: Je kleiner das Einkommen ist, desto besser greift auch das Energieentlastungspaket.

Dazu kommen aber noch weitere Schritte der Bundesregierung: Ab dem 1. Oktober 2022 steigt der Mindestlohn auf zwölf Euro die Stunde. Von dieser Erhöhung profitieren sechs Millionen Menschen in diesem Land sehr.

Zweitens. Die Renten sind schon zum 1. Juli deutlich gestiegen: im Westen um 5,35 % und in den neuen Bundesländern um über 6 %. Das sind alles wirksame Entlastungen, die bei den Menschen ankommen.

(Andreas Winhart (AfD): Und zu Inflation führen!)

Das sind Maßnahmen, die helfen und wirken, und zwar ganz im Gegensatz zum hundertsten Vorschlag eines sendungsbewussten Ministerpräsidenten in der "Bild"-Zeitung. Dabei entsteht doch eher der Eindruck, dass es unserem Ministerpräsidenten mehr darum geht, davon abzulenken, dass es auch in Bayern bisher quasi keine eigenen Entlastungsmaßnahmen gibt.

(Staatsminister Albert Füracker: So ein Schmarrn! Sie reden die Unwahrheit, Herr Pargent!)

Die Vorschläge, die von Markus Söder kommen, sind doch auch ganz schön wild. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – DIW – Marcel Fratzscher sagte im "Handelsblatt", die meisten Forderungen seien kontraproduktiv, unsozial, ökologisch schädlich und extrem teuer. Die Maßnahmen würden eine Umverteilung von unten nach oben, von Arm zu Reich bedeuten. – Besser hätte ich es selber nicht sagen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte fest: Die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sind zielgerichtet und wirksam. Sie kommen bei den Menschen insbesondere mit kleinen Geldbeuteln an. Je nachdem, wie die Gaslieferungen aus Russland aber weitergehen und die wirtschaftlichen Einschnitte sein werden, müssen wir sehen, und zwar im ganzen Land, sowohl im Bund als auch in den Ländern, wie wir die Menschen und auch die Wirtschaft weiter entlasten. Die Anhebung der Hartz-IV-Sätze steht im Raum, und auch das 9-Euro-Ticket braucht unserer Ansicht nach eine Anschlussfinanzierung. Während die Staatsregierung in den letzten Jahren mit einem vernünftigen 365-Euro-Ticket nicht einmal fertig wurde, schafft die Ampel hier einen historischen Verkaufserfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Entlastungsmaßnahmen der Ampel gilt immer: Sie sind zielgerichtet und wirksam; wir nehmen die Menschen in den Blick, die am stärksten unter den Auswirkungen von Putins Krieg leiden. Dafür steht die Ampel, und daran werden wir auch weiterarbeiten. Ob sich die Staatsregierung konstruktiv beteiligt, bleibt ihr überlassen. Ich habe den Eindruck, dass sich die Menschen in einer derartigen Krise ein gemeinsames Engagement wünschen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke Herrn Kollegen Pargent von den GRÜNEN und rufe als Nächsten den Abgeordneten Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter Eibl.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Henkel, wenn sich jemand im Selbstzerstörungsbereich befindet, dann ist es wohl Ihre Fraktion der AfD, wie wir das in den letzten vier Jahren eindrucksvoll erlebt haben.

Herr Pargent, Sie müssen auch sehen, dass Bayern mittlerweile annähernd eine Milliarde Euro für Unterstützungsmaßnahmen beigesteuert hat.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Gegenruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Sich dann hier hinzustellen und zu sagen, Bayern macht nichts, ist unverschämt und unverfroren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Lassen Sie mich den Fokus auf den Bereich Wirtschaft richten, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie mit zahlreichen Einschränkungen befand sich die bayerische Wirtschaft noch im Januar und Februar dieses Jahres in einer Phase der Erholung. Diese wurde jedoch durch den unsäglichen Russland-Ukraine-Krieg innerhalb von nur wenigen Tagen zunichtegemacht. Seitdem haben sich die Probleme bei der Rohstoff- und Materialversorgung und bei den Lieferketten massiv ausgewirkt. Die Energiekosten sind explodiert, und die Inflation hat ihren 40-jährigen Höchststand erreicht. Dazu verschärft der dramatische Fachkräftemangel die aktuelle Situation.

Festzustellen ist: Uns allen wurde klar und deutlich vor Augen geführt, dass die Corona-Pandemie, meine Damen und Herren, noch nicht vorbei ist. Zahlreiche Ausfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbereich verdeutlichen dies eindrucksvoll. Am 23. Mai dieses Jahres, also vor knapp zwei Monaten, wurde vom Ifo-Institut der damalige Geschäftsklimaindex veröffentlicht, und zwar mit folgenden Aussagen – ich zitiere –:

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich aufgehellt. [...] Die Unternehmen waren vor allem merklich zufriedener mit den laufenden Geschäften. [...] Die deutsche Wirtschaft erweist sich trotz Inflationssorgen, Materialengpässen und Krieg in der Ukraine als robust.

Natürlich werden momentan auch die privaten Haushalte in den Fokus genommen. Steigende Energiekosten, Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Verbrauchsgütern und Zinssteigerungen am Kapitalmarkt werden zu großen Herausforderungen für eine Vielzahl von Menschen in unserem Land. Meine Damen und Herren, daher sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mehr denn je gefordert, Antworten und Lösungsvorschläge zu finden. Die aktuelle Unsicherheit im Hinblick auf ein eventuelles Gasembargo hätte weitere fatale Folgen für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Nach einer Aussage der Vbw wären alleine in Bayern Branchen mit mindestens 220.000 Beschäftigten direkt von ausbleibender Energieversorgung betroffen. Ich nenne hier nur Chemie-, Glas- und Keramikindustrie, Gießerei- und Nahrungsmittelindustrie, um nur einige wenige anzuführen. Sollte es in diesen genannten Branchen zu einem Produktionsstopp kommen, hätte dies natürlich dramatische Auswirkungen auf nachfolgende Lieferketten.

Doch Bayern mit seinen Menschen, seinen Unternehmen und seiner Wirtschaft ist stark. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es gelingt, auch extreme Herausforderungen gut zu meistern, wenn die Gesellschaft und wir alle zusammenstehen und gemeinsam auf politischer Seite Verantwortung übernehmen. Mehr denn je brauchen wir Mut zur Veränderung, Gestaltungswillen und vor allem eines: Zuversicht, damit wir

auch weiterhin in einem lebenswerten und zukunftsfähigen Bayern leben können. Speziell Bayern kann aus einer gewissen Stärke heraus agieren. Das kann nicht jedes Bundesland oder europäische Land. Dies zeigte sich vor allem in Corona-Zeiten. So konnten in den letzten beiden Jahren zusätzliche 76.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es muss jedoch gehandelt werden. Deshalb fordern wir vor allem eines: Privatverbraucher, Industrie und die Wirtschaftszweige dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir benötigen kurz- und mittelfristige Strategien, die Energieeinsparungen in allen Bereichen bewirken. Wir brauchen Unterstützungsmaßnahmen für die energieintensiven Unternehmen bei der Umstellung bzw. Transformation, das heißt, auch neue Regelungen und einfachere Genehmigungsverfahren. Wir brauchen die klare Ansage des Bundes, Gas so wenig wie möglich für die Verstromung zu nutzen. Stattdessen brauchen wir die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, um zum Beispiel auch Isar 2 länger am Netz zu halten. Wir brauchen einen Industrie- und Wirtschaftsstrompreis. Wir brauchen einen nationalen Krisenstab, der alles auf den Prüfstand stellt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit bitte beachten.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Deshalb haben wir eines zu tun: Wir haben alles zu tun für die Bewahrung des sozialen Miteinanders in unserem Lande. Zusammenzuführen und nicht zu spalten – das muss unsere Antwort sein. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eibl von den FREIEN WÄHLERN. – Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Annette Karl von der SPD-Fraktion. Frau Karl, bitte schön, Sie haben das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Kofi Annan, der ehemalige Generalsekretär der UN, hat einmal gesagt: "Wirklicher Friede bedeutet auch wirtschaftliche Entwicklung und Gerechtigkeit, be-

deutet Schutz der Umwelt, [...] Vielfalt und Würde und vieles, vieles mehr." Natürlich wird auch andersherum ein Schuh daraus. Wenn Krieg im eigenen Land oder in der Nachbarschaft herrscht, fallen wirtschaftliche Entwicklung und Gerechtigkeit, Umweltschutz, Vielfalt und Würde schnell hinten herunter.

Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine gefährdet und beendet das Leben sehr, sehr vieler Menschen dort, bedroht aber natürlich auch den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa. Nicht die Sanktionen sind also die Ursache für die wirtschaftlichen Herausforderungen, sondern der Überfall auf die Ukraine. Das sollten sich auch die Putin-Versteher rechts außen hier im Plenum endlich einmal hinter die Löffel schreiben.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen geht es ja nicht um eine Analyse der Situation, sondern darum, eine Krise herbeizureden und Ängste zu schüren. Sie hoffen, als Krisengewinner dann politisch davon zu profitieren.

(Ulrich Singer (AfD): Sie haben doch die Krise erst herbeigeredet!)

Sie wollen die Menschen verunsichern und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der politisch Verantwortlichen untergraben.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie sind nicht konstruktiv, Sie sind nur destruktiv.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden damit nicht durchkommen; denn unser Gemeinwesen, die Bundesregierung, die Landesregierung, die Kommunen und die Bürgergesellschaft haben sich bei den Herausforderungen der vergangenen Jahre als außerordentlich handlungsfähig und solidarisch erwiesen. Handlungsfähigkeit und Solidarität sind das Gegenteil dessen, was Sie sind. Sie sind zerstritten und gelähmt.

Zum Glück sind Sie aber nur die Störer außerhalb des politischen Spielfeldes. Die Bundesregierung ist handlungsfähig, und sie handelt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Ja, der Inflationsdruck ist hoch. Ja, viele Menschen haben Sorgen; ihre Kaufkraft schwindet, und sie wissen nicht, wie sie ihre nächste Nebenkostenabrechnung bezahlen sollen.

Die Teuerungsrate liegt momentan bei 7,6 %. Zur Einordnung: Wir hatten 1951 eine Inflationsrate von ebenfalls 7,6 %, 1973 eine Inflationsrate von 7,1 % und 1981 eine Inflationsrate von 6,3 %.

(Uli Henkel (AfD): Bei höheren Zinsen!)

Das waren in diesen einzelnen Jahren jeweils unerwünschte Entwicklungen, aber allesamt keine Katastrophen.

(Andreas Winhart (AfD): Da gab es Zinsen, damals!)

– Hören Sie zu, dann lernen Sie etwas!

Wir haben momentan Preissteigerungen in einigen Teilmärkten, die auf das allgemeine Preisniveau durchschlagen. Schon im Jahresdurchschnitt 2021 haben sich die Energiepreise erhöht, damals um 10 %. 2022 stiegen die Energiepreise weiter – jetzt auch verschärft durch den Krieg in der Ukraine.

Ein weiterer Grund für die Teuerung ist, dass sich die Güterproduktion und Lieferketten nach der Corona-Pandemie nicht so erholt haben, wie wir das erwartet hatten. Auch hier verschärft der Krieg die Situation.

Die aktuelle Inflation ist durch eine Knappheit von Gütern entstanden und nicht durch eine zu hohe Nachfrage. Es ist deshalb gut, dass sich auf Initiative von Kanzler Olaf Scholz Regierung und Arbeitnehmer beraten, sich zusammensetzen und überle-

gen, wie die Arbeitnehmer, vor allem diejenigen mit einem kleinen Lohn, entlastet werden können, ohne damit eine Lohnpreisspirale wie in den Siebzigerjahren in Gang zu setzen.

Es ist gut, dass die Bundesregierung wirksame Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat und, wenn nötig, noch nachlegt. Die Vorschläge der CSU sind dabei nicht wirklich hilfreich. Wer gleichzeitig Steuersenkungen, Mehrausgaben und Schuldenabbau fordert, der glaubt wahrscheinlich auch an eierlegende Wollmilchsäue.

Wir werden die ökonomischen Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands für unsere Volkswirtschaft meistern, und zwar alle Stakeholder und die Zivilgesellschaft gemeinsam – aber ohne die AfD-Hetzer am Spielfeldrand, denen jede Krise recht ist, um vom eigenen desaströsen Zustand abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Abgeordnete Karl, vielen Dank. – Ich darf als nächsten Redner den Kollegen Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion aufrufen. Herr Abgeordneter Fischbach, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir steuern auf einen Herbst mit einer wirtschaftlich kritischen Situation zu. Die Ursachen dafür sind vielfältig: die jahrelange Niedrigzinspolitik, die Anleihekäufe der EZB mit entsprechenden Fehlanreizen für Staatsschulden und auch die Risikoneigung von Banken, außerdem der Brexit und die Blockierung von Freihandelsinitiativen wie TTIP mit negativen Folgen für die Wertschöpfung und auch neuer Lieferketten, die jetzt beispielsweise eine breiter aufgestellte Energieversorgung ermöglicht hätten. Neben all den Krisenreaktionen der letzten Jahre braucht es Reformanstrengungen, die versäumt worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt für den Bund wie auch für Bayern. Wir leiden unter einem Investitionsstau an allen Ecken und Enden – nicht nur auf Bundesebene bei der Bundeswehr, sondern auch auf Landesebene in der Infrastruktur, Stichwort: zweite Stammstrecke. Es gibt kein Vorankommen bei Großprojekten, kein Konzept gegen Fachkräftemangel und auch keine Ambitionen im Bildungssystem. Das ist in der Bilanz schon ziemlich wenig und ziemlich schwierig.

Jetzt trifft uns auch noch der Krieg in der Ukraine ziemlich unvorbereitet. Es war daher richtig, dass die Bundesregierung reagiert hat, dass die Bundesregierung 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr auf den Weg gebracht hat; denn das war ein zentraler und wichtiger Impuls. Genauso gilt das für die Unterstützung der Ukraine mit Waffen. Das ist ein entscheidender Beitrag, der weiter ausgebaut werden sollte. Nicht zuletzt gilt das auch für die Sanktionen, zum Beispiel dort, wo sie die russische Rüstungsindustrie entscheidend und empfindlich treffen. All das ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Trotzdem muss man hier festhalten, dass die politische Rechte und die selbsternannten Russlandfreunde Putins Angriffskrieg zu legitimieren und gleichzeitig die Unterstützung der Ukraine zu delegitimieren versuchen.

(Andreas Winhart (AfD): Was für ein Käse!)

Was Viktor Orbán in der EU versucht, das betreibt die AfD im Bund und auch hier in Bayern. Sie reden dem Aggressor das Wort. Sie fordern teilnahmslose Gleichgültigkeit zu diesem Krieg auf europäischem Boden, in dem Kriegsverbrechen begangen werden. Letztlich sind sie damit nur eines: Putins Außenposten in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Fischbach, danke schön.

Matthias Fischbach (FDP): Ich bin noch nicht fertig. Ich habe noch mindestens zweieinhalb Minuten Redezeit.

Bei dem Titel "Inflation-Sanktion-Rezession [...]" ist relativ klar, worauf Sie mit diesem Thema abziehen. Eine Rezession will hier niemand. Die Inflation bekämpfen wir alle gemeinsam. Der Bundesfinanzminister hat sich ja relativ deutlich gegenüber der EZB und auch sämtlichen Bestrebungen zur Vergemeinschaftung von Schulden positioniert. Also, das kann nicht Ziel der Debatte sein. Wir wollen natürlich alle hier den Bundesfinanzminister weiter unterstützen. Aber der AfD geht es um eines: Sie wollen politisch strittig stellen, dass wir Sanktionen gegenüber Russland haben und die Ukraine unterstützen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Das ist Ihr Ziel. Da muss man sich ganz klar fragen: Was will die AfD denn stattdessen? Einen Angriffskrieg zur Veränderung der Grenzen mitten in Europa einfach gewähren lassen? Wollen Sie das? 2014 war es die Annexion der Krim.

(Zurufe der Abgeordneten Ulrich Singer (AfD) und Andreas Winhart (AfD))

In diesem Jahr erleben wir einen unverblühten Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine. Das Säbelrasseln erleben wir auch gegenüber dem Baltikum, gegenüber Finnland und anderen europäischen Staaten. Wo soll das enden, wenn wir hier diesen Eroberungsfeldzug Russlands nicht bremsen? Es ist keine Lösung, die Abhängigkeit von Putins Gas für Bayern beizubehalten. Wir sollten uns von der AfD nicht weiter in die Arme des Kremls treiben lassen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen dürfen wir jetzt nicht einknicken. Entscheidend sind die Vorbereitungen auf die kommenden Monate. Das heißt: zügig die Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke verlängern, unsere Lieferketten neu ordnen und auch Alternativen wie das Fracking nicht mehr dogmatisch ablehnen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Die Rezessionsbekämpfung beginnt auch hier in Bayern. Machen wir uns unabhängiger von Energieimporten, zum Beispiel durch die Unterstützung konventioneller Erdgasförderung in Bayern, durch Stromleitungsausbau; dieser wurde von den FREIEN WÄHLERN leider jahrelang blockiert und torpediert. Im Jahr 2017 haben Sie einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem Sie wortwörtlich von landeszerstörenden Gleichstromtrassen sprachen. Das muss endlich der Vergangenheit angehören. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energien fördern und vorantreiben; denn es sind Freiheitsenergien. Wir müssen außerdem unsere Standortfaktoren stärken, um zum Beispiel attraktiver für ausländische Fachkräfte außerhalb der EU zu werden. Wir brauchen endlich eine komplett digitale Verwaltung als Vorbild für einen modernen Staat. Wir müssen mehr Autonomie in Bayerns Schulen schaffen, um sie an die Weltspitze zu führen. Daran müssen und können wir hier entschieden arbeiten. Unser Land muss raus aus dieser Reformmüdigkeit, es muss raus aus dieser Selbstgerechtigkeit.

Wir sind im Bund den Schritt vorangegangen. Wir senken die Strompreise durch Abschaffung der EEG-Umlage. Wir haben den ersten Schritt in Richtung der Ratifizierung des Freihandelsabkommens CETA gemacht. An dieser Stelle muss man einfach sagen: Bayern und der Bund sollten endlich an einem Strang ziehen, und die Schwarzer-Peter-Spiele, wie wir sie in den letzten Tagen immer wieder erlebt haben, müssen endlich mal ein Ende haben. Die Lage ist zu ernst. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Fischbach, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Josef Pschierer für die CSU-Fraktion. Herr Pschierer, bitte schön, Sie haben das Wort.

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Lieber Kollege Henkel, ich will Ihnen jetzt keinen Geschichtsunterricht erteilen, aber ich

war ein Stück weit fassungslos, als ich Ihre Argumentation gehört habe, wie Sie Inflation und Sanktionen in einen Zusammenhang bringen.

Die Inflationsrate, mit der wir derzeit zu kämpfen haben, hat, was die Kerninflation angeht, nicht unbedingt mit Putin zu tun, sondern sie hat mit einer verfehlten Politik der EZB, einer Geldmengensteuerung zu tun, die weit über das normale Maß hinausgeht. Sie hat mit Lieferkettenproblemen durch Corona und vielen anderen Problemen zu tun. Herr Henkel, was mich am meisten gestört hat: Böse ist nicht immer der, der Böses tut. Böse ist auch der, der Böses zulässt.

(Uli Henkel (AfD): Richtig!)

Seit 2014 haben wir in dieser Europäischen Union viel Böses zugelassen. Ich darf daran erinnern, dass im März 2014 die ersten Sanktionen gegen Russland verhängt worden sind. Sagen Ihnen die Namen Nawalny, Litwinenko und Nemzow etwas? Das sind Dissidenten; zwei davon sind ermordet worden. Herr Henkel, Sie machen sich mit Ihrer AfD zum Steigbügelhalter eines Aggressors. Das ist ein völliger Irrweg, den Sie hier beschreiten. Sie honorieren damit die Politik Putins. Davon möchte ich mich zu tiefst distanzieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Schauen Sie sich einmal an, was in den baltischen Staaten und in Moldawien los ist. Warum wollen skandinavische Staaten die Aufnahme in die NATO beantragen? – Weil sie Schutz suchen. Weil dort drüben im Kreml jemand sitzt, der mit Allmachtsfantasien die alte Sowjetunion wiedererrichten will, die zusammengebrochen ist. Davon haben wir, was die Wiedervereinigung angeht, durchaus profitiert. Sie haben hier einen Irrglauben.

Was die Inflation angeht, so will ich das gar nicht abstreiten. Ich bitte Sie aber schon, sich die Kerninflation anzusehen; das ist die Rate ohne Lebensmittel- und Energieprei-

se. Um Ihnen nur einmal eine Zahl zuzurufen: Diese Rate lag im Juni bei 3,2 %. In den Vereinigten Staaten liegt sie um 2 % höher. Das ist also nicht das Problem.

(Zurufe von der AfD)

– Sie können jetzt ganz beruhigt sein. Ich gehe jetzt von Ihrer Seite auf die andere Seite über. Für Sie wird es ein bisschen angenehmer. – Herr Pargent, für mich sind Sie ein Stück weit ein Märchenerzähler, da Sie gesagt haben, Sie hätten auf Bundesebene große Entlastungspakete geschnürt. Der bayerische Finanzminister könnte Ihnen bestätigen, dass die Geschäfte, die Sie in Berlin machen, Geschäfte zulasten Dritter sind. Auf Ihre Energiepauschale von 300 Euro haben die Steuerpflichtigen der Steuerklassen 1 bis 5, Selbstständige, pauschalierte Minijobber und andere Anspruch. Das mindert zunächst einmal die Vorauszahlungen, und das mindert natürlich auch die Steuerzahlungen. Ich gehe also davon aus, dass der Freistaat Bayern, was seine Steuereinnahmen angeht, hier dabei ist. Das könnte Ihnen der Finanzminister bestätigen. Sie bestellen in Berlin; bezahlen lassen Sie das aber zum großen Teil von den 16 Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt wird es ganz lustig: Gehen wir einmal von der Kerninflation weg, und sehen wir uns die Energiepreise an, die zu einem großen Teil für die Steigerung der Inflationsrate verantwortlich sind. Man muss sich einmal vorstellen, was Sie derzeit machen. Wir haben früher in Bayern 50 % der Steinkohle, die wir verfeuert haben, um Strom zu erzeugen, aus Russland geholt. Wissen Sie, wo wir diese Kohle jetzt herholen? – Aus Australien, den USA, Kolumbien, Kanada und Indonesien. Diese Kohle kommt nicht mit kleinen Bötchen hierher. Sie kommt mit großen Frachtern, auf denen Schweröl verheizt wird.

Ihre Energiepolitik in Berlin ist teuer, umweltschädlich und macht uns noch abhängiger als in der Vergangenheit: Doppelmoral hoch drei!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Herr Pargent, Sie setzen auf dreckige Steinkohle, auf Braunkohle und Fracking-Gas. Das machen die GRÜNEN! Gleichzeitig sind Sie nicht bereit, die drei Kernkraftwerke, die noch am Netz sind, nämlich Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2, weiterlaufen zu lassen. Wir wollen doch keine unendliche Laufzeitverlängerung. Aber Sie sind in Ihrer Ideologie so verblendet, dass Sie nicht einmal bereit sind, die Laufzeit so lange zu verlängern, wie die Brennstäbe noch funktionieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein letzter Punkt zur Energie: Machen Sie in Berlin die Hausaufgaben zum Ausbau der Erneuerbaren!

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich hatte mit Herrn Kollegen Brandl letzte Woche eine Petition, bei der auch ein Kollege von der AfD dabei war.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Josef Pschierer (CSU): Da gibt es Menschen, die in Bayern Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf vier Hektar errichten wollen. Wissen Sie, über was wir uns unterhalten haben? – Über das Landschaftsbild. In meiner Heimatstadt ist das Thema Windkraft positiv vorangetrieben worden.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

Franz Josef Pschierer (CSU): Langsam wird es aber eng; denn wir zählen im Moment Fledermauskolonien. Entlasten Sie uns also, was den Ausbau der Erneuerbaren angeht, von Bürokratie.

Ein allerletzter Punkt. Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger entlasten wollen, dann geht das ganz einfach: keine weitere Steigerung bei den Sozialabgaben, keine Steigerung bei der kalten Progression.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte zum Ende kommen.

(Andreas Winhart (AfD): Weitermachen!)

Franz Josef Pschierer (CSU): Und insbesondere: Runter mit den Steuern auf Strom und Heizöl!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pschierer. – Bitte lassen Sie wieder etwas Ruhe einkehren. – Ich rufe den Abgeordneten Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER verurteilen den völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste.

(Ulrich Singer (AfD): Wir auch!)

Die Schrecken des Krieges haben Zerstörung und unermessliches Leid über Millionen Menschen gebracht. Sie sind unschuldige Opfer brutaler Machtpolitik. Putins Krieg ist aber auch ein Angriff auf unsere europäischen Werte. Meine Damen und Herren, Demokratie braucht deshalb Wehrhaftigkeit. Wir haben uns deshalb entschlossen, die brutale und durch nichts zu rechtfertigende Aggression Russlands vehement abzuwehren. Alles andere wäre ein Zeichen der Solidarität mit dem russischen Autokraten. Wir distanzieren uns davon in aller Form und suchen nicht die Nähe zum Kreml, wie Sie, Herr Henkel, das proklamiert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die FREIEN WÄHLER haben frühzeitig mit einem 12-Punkte-Plan dazu aufgerufen, für Freiheit, Frieden, Pluralität und Menschlichkeit einzustehen. Wir waren uns einig: Der Westen muss geschlossen handeln, vor allem mit wirtschaftlichen Sanktionen. Sie zielen darauf ab, die russische Wirtschaft und die politische Elite zu schwächen, insbesondere in den Bereichen Finanzen, Energie und Transport durch Visa-Beschränkungen und durch Sperren gegen Einrichtungen und Personen.

Bayern stand und steht hinter diesen Maßnahmen im Schulterschluss mit dem Bund und den EU-Staaten. Genau diese Gemeinschaft gibt uns eine Stärke. Meine Damen und Herren, dennoch hat uns der Krieg auch offenbart, wie fragil der Wohlstand und unser Lebensstandard in dieser geopolitischen Lage sind. Insbesondere die Abhängigkeit von Rohstoffen und der russische Energie-Würgegriff werden uns täglich drastisch vor Augen geführt. Explodierende Energie- und Kraftstoffpreise belasten die Bevölkerung und die Unternehmen; für sie kommen Ausfälle bei Exporten und Investitionen, Störungen in der Lieferkette, Materialengpässe und Störungen bei Finanztransaktionen hinzu. Die jüngsten Drosselungen der Gaslieferungen haben uns in dieser Krise noch einmal eine Verschärfung des Zustandes beschert. Die Preise sind – das spüren wir alle drastisch – durch die Decke gegangen. Das Ende der Fahnenstange scheint noch nicht erreicht. Im Worst Case spricht man von einer Verdoppelung bis Verdreifachung.

Deutschland steht vor bislang nicht gekannten Energieproblemen. Aber, meine Damen und Herren, wir rüsten uns dagegen. Die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit, die Unabhängigkeit sowie die nachhaltige Produktion von erneuerbaren Energien ist deshalb ein Schlüsselthema für uns. Wir sehen aber auch die Bundespolitik zwingend in der Verantwortung, die dramatischen Folgen der exorbitanten Energiekosten abzumildern, damit Wirtschaft und Menschen nicht ins finanzielle Abseits laufen. Wir haben deshalb vom Bund ein sofortiges breites Entlastungspaket gefordert. Nicht zuletzt durch unsere Anregungen hat die Ampel Zeichen gesetzt und Unterstützungsleistungen gewährt, für uns allerdings immer noch zu unbefriedigend und nicht zielführend.

Heute ist dazu vieles gesagt worden. Aus zeitlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf meine Ausführungen zu unserem eigenen Dringlichkeitsantrag dazu von der vorletzten Woche.

Neben den finanziellen Hilfspaketen sind jetzt auch eilig ambitionierte energiepolitische Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören neben eigenverantwortlichen Energiesparmaßnahmen unter anderem die kurzfristige Diversifizierung ausländischer Energiequellen und die Sicherung von Erdgasimporten aus Norwegen und den Niederlanden, auch von LNG-Flüssiggas. Außerdem müssen vorhandene Speicher gefüllt und neue Terminals gebaut werden.

Zur befristeten Weiternutzung von Kohlekraftwerken wurden bereits Weichen gestellt. Ich bekräftige aber ebenso nochmals meine Forderung nach einer Laufzeitverlängerung betriebsfähiger Kernkraftwerke, meine Damen und Herren. Ich erachte es als unverantwortlich, ja als fahrlässig, gerade jetzt in dieser Zeit sichere und funktionierende Anlagen voreilig stillzulegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich appelliere nochmals an SPD und GRÜNE: überwinden Sie Ihren ideologischen Rigorismus! Ignorieren Sie nicht länger den Willen des Volkes! Werfen Sie endlich Ihre apodiktischen Ansichten über Bord! Fakt ist: Eine temporäre Laufzeitverlängerung ist ohne juristische, technische und personelle Bedenken möglich. Es wäre fatal, in der jetzigen Situation darauf zu verzichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf: Bravo!)

Ich komme zum Schluss: Für uns haben der beschleunigte und massive Ausbau erneuerbarer Energien, klimaneutraler und nachhaltiger Erzeugungsformen, absolute Priorität. Dafür gilt es jetzt, den Turbo zu zünden, meine Damen und Herren. Wir FREIE WÄHLER stehen für eine nachhaltige, klimaneutrale und sektorenübergreifen-

de Energie-, Wärme- und Mobilitätswende. Alle genannten Maßnahmen und Vorschläge reduzieren internationale Abhängigkeiten, stärken die Resilienz unserer Wirtschaft

–

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte die Redezeit beachten!

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): – und die Sozialstruktur unserer Gesellschaft und sichern so auch künftig unseren Wohlstand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Ludwig, und darf als nächsten Redner den Abgeordneten Jochen Kohler von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Kohler.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist doch klar: Die Bundesregierung muss jetzt endlich für den Ernstfall vorsorgen, und zwar nicht nur für die strauchelnden Energieunternehmen, sondern für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb muss die Bundesregierung jetzt umfassende Maßnahmen vorbereiten und darf nicht warten, bis die hohen Kosten voll durchschlagen. Dabei muss die Politik insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, aber auch Menschen mit mittlerem Einkommen unterstützen; denn diese werden bei den explodierenden Preisen über kurz oder lang ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können. Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Die Politik muss nun die Menschen vor Not und drohender Zahlungsunfähigkeit schützen.

Die jetzigen Entlastungspakete der Bundesregierung greifen aber viel zu kurz. Vor allem Rentnerinnen und Rentner, die ausschließlich von ihrer Rente leben und keine Sozialleistungen bekommen, werden und wurden schlichtweg vergessen. Dabei

haben sie jahrzehntelang gearbeitet und ihren Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet.

(Ulrich Singer (AfD): Mehr Geld für Rentner!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zentraler Baustein für unser Sozialsystem ist, dass dieses jetzt krisensicher gestaltet wird. Die Bundesregierung muss schnell tätig werden. Vor allem unser Rentensystem muss jetzt geschützt werden; denn wir dürfen unsere Rentnerinnen und Rentner nicht im Stich lassen. Zudem müssen wir schon jetzt Maßnahmen für den Fall entwickeln, dass Menschen ihre Strom- und Heizkosten nicht mehr bezahlen können. Es darf doch nicht sein, dass Menschen in dieser Situation alleingelassen werden und ihnen einfach Strom und Gas abgestellt werden. Damit Menschen mit geringem Einkommen nicht von den Kosten erdrückt werden, schlagen wir die Erweiterung des Bezugsrahmens des Wohngelds vor. Dieses sogenannte Winterwohngeld soll auf sechs Monate begrenzt und an Haushalte ausbezahlt werden, die übermäßig belastet sind, um eben soziale Härten vermeiden zu können.

Auch die steigenden Lebensmittelpreise sind eine große Belastung für die Menschen in unserem Land. Die Krise darf nicht dazu führen, dass sich die Menschen das tägliche Brot nicht mehr leisten können. Bis die Inflationsrate wieder auf Normalniveau gesunken ist, muss daher aus unserer Sicht die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel vorübergehend gestrichen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Aussetzen der Hartz-IV-Sanktionen in der jetzigen Zeit ist aus unserer Sicht ein falsches Signal, insbesondere an die Geringverdiener in unserem Land; denn auch künftig muss der Grundsatz gelten – dafür stehen wir als CSU –: Fördern und Fordern. Arbeit muss sich für den Einzelnen lohnen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze, die die Bundesregierung plant, mag richtig erscheinen. Wir müssen aber aufpassen; denn

eine einseitige Anhebung von Hartz IV führt zu einem sozialen Ungleichgewicht; denn vor allem die Geringverdiener brauchen in dieser schweren Zeit unsere Hilfe.

(Arif Taşdelen (SPD): Warum lehnen Sie den Mindestlohn dann ab?)

Ich denke nur an die Reinigungskräfte, an unsere Friseurinnen und Friseure, an unser Gastgewerbe und die vielen weiteren Branchen, die einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Sie sind es doch, die unsere Wirtschaft am Laufen halten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem verdienen viele zu wenig, sodass sich ihre Arbeit angesichts der stark gestiegenen Preise, insbesondere beim Benzin, langfristig nicht mehr lohnen wird.

Wir dürfen eines nicht vergessen: Unser Wohlstand basiert maßgeblich auf unserer guten Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitsmarktsituation. Vor allem das Kurzarbeitergeld hat in der Finanzkrise sowie während der Corona-Pandemie dazu geführt, dass viele Menschen eben nicht in die Arbeitslosigkeit abgerutscht sind. Dieses erfolgreiche Instrument der Arbeitsplatzsicherung muss deshalb fortgeführt und an die jetzigen Umstände angepasst werden.

(Arif Taşdelen (SPD): Dank der SPD! – Lachen bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD – Petra Guttenberger (CSU): Das ist doch ein schlechter Witz!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Der Sozialstaat ist so gefordert wie schon lange nicht mehr. Für viele Menschen ist die aktuelle Lage existenziell. Wir müssen deshalb alles tun, um Existenzen zu sichern, und – ich blicke nach rechts – wir müssen dafür sorgen, dass es keine Spaltung der Gesellschaft gibt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kohler. – Es gibt noch eine Wortmeldung des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Er hat, wie gehabt, zwei Minuten.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): Sagen Sie doch künftig bei jedem Redner die Zeiten, damit ich auch weiß, ob sie ihre Zeit einhalten!)

– Gut, aber die kürzesten Redezeiten sind besonders erwähnenswert.

(Arif Taşdelen (SPD): Eine halbe Minute ist schon um!)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Der Herr "Erzengel Gabriel" Alexander König hat uns im Auftrag von Herrn Söder deutlich gesagt und an die AfD-Adresse gerichtet, dass sie Putin unterstütze. Ich stelle am Ende die Frage: Was tun Sie hier alle eigentlich, die diese Energiepolitik vertreten? Was ist an dieser Energiepolitik eigentlich zu kritisieren? – Ich mache es an einem Beispiel fest: Es gibt die Firma Wintershall in Norddeutschland, eine Tochter von BASF in Ludwigshafen. Diese Firma Wintershall war Besitzerin des größten deutschen Gasspeichers in Rehden in Norddeutschland. Sie hat ihn an Gazprom verkauft, die ihn jetzt also in Deutschland betreiben. Was haben Wintershall oder BASF bekommen? – Sie haben über 15 Jahre zugesicherte Förderrechte in Sibirien bekommen. Da wird also jetzt sibirisches, russisches Erdgas durch Förderung zu deutschem Erdgas. Was machen sie damit? – Sie verkaufen es an Gazprom in Sibirien, und die Gazprom-Firma bringt es vielleicht nach Deutschland und lagert es vielleicht in Rehden ein. Vielleicht 50 % des Erdgases kommt aus Russland. Was ist das? – Das ist schmutzige Politik; denn das ist eingefädelte Politik. Ich sage Ihnen heute: Das ist ein hausgemachter Gasnotstand, und das ist natürlich der übliche Politik-Gehirnnotstand im Moment bei den Ampel-Co-mancheros. Vorher waren es ja Merkel, CDU/CSU und SPD. – Herr Pschierer, Sie haben also einiges von dem mitzuvertreten, was hier in Deutschland passiert.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Ihre Redezeit ist vorbei!)

Die Bundesrepublik sanktioniert sich also im Grunde genommen selbst, und das ist schlecht. Wer Böses zulässt, tut auch Böses, ähnlich wie der, der Böses tut. Übrigens noch zum Schluss: Wenn Sie jetzt dieses schmutzige Geschäft sehen, frage ich Sie: Wie schmutzig ist es, wenn die Bundesrepublik Deutschland 80 Milliarden Euro an

Steuerteuerung für den Staatssäckel verdient und damit bei uns einen Teuerungsnotstand mit auslöst und weiterträgt?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet, meine sehr verehrten Damen und Herren.